

## Das englische Flottenprogramm.

Im Unterhause hat der Erste Lord der Admiralschaft Mac Renna das Marinebudget eingereicht, das nahezu 800 Millionen Mark fordert. Zu seiner Begründung führte er aus, daß nur die dringendste Notwendigkeit, die Sicherheit des Bundes zu schützen, solche Summen rechtfertige, wie sie in dem Voranschlag enthalten seien. Wenn aber diese Rechtfertigung vorhanden sei, so sei es überzeugt, daß sowohl das Haus wie das Land ebenso bereit seien, Opfer zu bringen, wie früher. Er hofft nachzuweisen, daß der Voranschlag weder übertrieben noch ungenügend sei. Es steht in dem Voranschlag zwei Schiffe nicht erwähnt, die von den Regierungen von Australien und Neuseeland gebaut werden. Diese Schiffe würden im Sommer 1915 vollendet sein. "Die tatsächliche Stärke unserer Flotte,"

siehe Mac Renna fort, "wird dann folgende sein: Wir werden im März 1912 zwanzig von diesen Schiffen besitzen, im Sommer 1912 zwei weitere Schiffe der Kolonien, und bevor diese neue Gewässer verlassen haben, werden fünf Schiffe des neuen Programms sich ihrer Vollendung nähern. Wir können daher gewiß sein, daß während des ganzen Jahres 1912 bis zum 31. März 1913 unsre völlige Überlegenheit an Schiffen der neuen Art gesichert ist. Hinter diesen Schiffen befindet sich

### eine unvergleichliche Flotte

dreiene Atp. Die englische Flotte behauptet daher im strengen Sinne des Wortes das Zweimächte-Verhältnis, wie es vom Premierminister Asquith aufgestellt worden ist. Ich bedaure, daß ich nicht die geringste Hoffnung auf irgend eine künftige in Vertrag kommende Änderung des Budgets machen kann. Bei der Ausstellung des Budgets hat sich die Admiralschaft von der Rückstahnahme auf die bestehenden Flottenprogramme der anderen Länder leiten lassen. Ich hoffe nicht, daß das Haus von uns ein Einsehen auf die Programme erwarten. Im vergangenen Jahr habe ich es mit Bezug auf das Programm eines Landes (Deutschland) getan, und ich habe mir damit Schwierigkeiten geschaffen. Wenn ich auch noch so gewährt und mit noch so sorgfältiger Berichtigung jeder Art von Überreibung der Admiralschaft bekannte Tatsachen aufstellen würde, so würde sich eine gewisse Presse sofort derselben bemächtigen und eine

### allgemeine Verwirrung

schaffen." Diese weise Beschränkung des Seelords, die übrigens zeigt, daß sich unter Beziehungen zu England wesentlich freundlicher gekoaliiert haben, sond nicht von Beifall aller Mitglieder des Hauses, und ein Zwischenruf: "Die dreizehn deutschen großen Kreuze!" veranlaßte Mac Renna zu erklären: "Angenommen hat Deutschland 18 Dreadnoughts (Schlachtschiffe der größten Art) im Bau. Nach seinem Programm sollen vier weitere Schiffe im Laufe des Jahres 1910/11 begonnen werden. Nach dem deutschen Gesetz können diese Schiffe an jedem Tage des Jahres 1910/11 begonnen werden. Wenn die vier Schiffe des deutschen Bauprogramms für 1910/11 am ersten April auf den Stiel gelegt werden können, und wenn irgend eine Notwendigkeit oder ein Ernstfall vorliegt, es zu tun, so können sie sehr schnell vollendet werden, und so könnten vier weitere Dreadnoughts in zwei Jahren zwei Monaten in Dienst gestellt sein. Wir aber treffen hinreichende

### Maßregeln gegen jede Möglichkeit.

Ich hoffe, daß das, was ich gesagt habe, nicht als Grund für eine Hege angesehen werden wird, daß eine befremdete Macht ihr Programm in irgend einer feindseligen Absicht gegen uns beschleunigt. Aber wie haben wir unter Bauen mit Tatsachen zu rechnen, und wir entsprechen diesem Gebot der Front? jetzt durch ein Bauprogramm von fünf großen Panzer-Schiffen, um uns gegen jede mögliche Gefahr zu sichern und um die

### Vorherrschaft Englands

auf den Meeren aufrechtzuerhalten." Man darf

## Sine titellose Geschichte.

14) Von Eugen Osborne.

Um wenigen dachten die beiden Freunde in jenen Augenblicken daran, als sie, hinterlassen von Leidenschaft und Bewunderung, ihren Gesellen in den beladenen Briefen Ausdruck gaben, und dieselben mit den richtigen Unterschriften und Adressen versiehen, an die rechten Personen absendeten. Man kann sich denken, welchen Eindruck die schweren abweisenden Antworten auf sie machen mußten.

"Über wie sind Sie denn schließlich dazu gekommen, daß doch mit Helene zu verständigen?" fragte Adelheid leichter.

"Ich? Ja so!" antwortete der Baron. "Auerk wollte ich mir den Kopf an den Wänden eintun; dann bestellte ich einen Wagen, um, der Himmel weiß wohin, zu verlassen. Eine Idee, die auch noch andern Leuten außer mir gekommen ist," fügte er neidend hinzu.

Während man die Werde ansonnie, sah ich die Fee, mich lieber zu ersieben. Zum Glück fel es wie ein, während ich den Nebelherrn lud, noch einmal mein Todesurteil, den schrecklichen Brief, durchzuleten; dabei kam mir denn der Gedanke, daß er doch gar zu schriftlich abgesetzt sei — (Helene wurde bunt — wozu doch eigentlich kein Grund vorzusehen). So entstand in mir die Idee einer Möglichkeit, daß hier ein Rechtsverständnis obwalte — ich kam hierher, mit einer Erklärung zu beschaffen, und ich habe sie gefunden zu meiner Befriedigung" — so schloß der junge

ohne weiteres anzugeben, daß die Ausführungen Mac Renna in einem Tone gehalten sind, in Deutschland allgemein bestredigen will. Dasselbe gerade haben wohl auch einige Regierungssagerer Veranlassung genommen, das Kriegsbudget als ungerechtfertigt zu bemängeln und es als „eine soße Anerkennung der deutschen Gefahr“ zu bezeichnen. Diese Herren sind aber nicht zufrieden zu stellen. Ihr Ideal ist eine Flotte, die stark genug ist, Deutschland in gewaltigem Anseum zu zerstören.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

\* Das Gericht, Kaiser Wilhelm habe bei seiner Reise in die Nordsee eine starke Gefährdung zugezogen, entricht nicht den Tat- sachen. Der Monarch befindet sich bei bestem Wohlein.

Nach heiligen Debatten ist die Wahlvorlage nach den Kommissionser- schlüssen im preuß. Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung angenommen worden. Wie in parlamentarischen Kreisen verlaufen, wird die Regierung sich mit der neuen Fassung der Vorlage einverstanden erklären. Die Stellung des Herrenhauses zu der Vorlage läßt sich noch nicht vorausbestimmen. Soviel ist indessen sicher, sollte das Herrenhaus die Wahlrechtvorlage verwiesen oder wesentlich ändern, so würde die Regierung den Entwurf zurückziehen.

\* In New York ist der fröhliche Kanzler von Kamerun, Peist, gestorben. Er wurde am 6. April 1895 vor dem Reichsgericht zur Entlastung aus dem Dienst verurteilt, wodurch die Entscheidung der kaiserlichen Disziplinar- kommission in Potsdam am 16. Oktober 1894 nur auf Versetzung in ein andres Amt und Kürzung des Gehalts um ein Fünftel geslautes hatte. Die Anklage hatte ihn beschuldigt, durch die Bestrafung von Dahomey-Weibern mit zwei bis sieben Schlägen der Miliziereische den Dahomey-Aufstand Anfang Februar 1894 verursacht und seine Amtsgeschäfte überschritten zu haben. Peist war nach seinem Ausscheiden aus dem Reichsdienst nach den Vereinigten Staaten übergesiedelt.

### Österreich-Ungarn.

\* Das Leichenbegängnis Dr. Quegels, des am 10. d. verstorbenen Bürgermeisters von Wien, hat unter großem Empfang stattgefunden. Über 1200 Menschen sind vom In- und Ausland geladen worden. Kaiser Franz Joseph, der den Trauergang in der Stephanskirche erwartete, ließ einen Augenblick seine Hand auf dem Sarge ruhen. Die Leichenfeier verlief ohne jeden Unfall, obwohl etwa eine halbe Million Menschen die Straßen, die der Zug passierte, besetzt hatte.

### Frankreich.

\* Um dem Standort wegen der Unter- lagerungen des verhassten Verwalters des Reichsgerichts, Duez, schnell ein Ende zu machen, sollen alle Verwalter der aufgehobenen Reichsgerüter durch vereidigte Beamte erzeigt werden. (Freilich, die einmal verschwundenen Millionen kommen auch auf diese Weise nicht wieder.)

### England.

\* Im Oberhause erklärte Lord Rosebery, daß die von der Regierung ertrübte Einigungser- regierung (durch Absetzung des Oberhauses) das Land ruinieren würde. Das Oberhaus werde sich aus eigener Kraft reformieren, aber nicht dulden, daß es durch die Beschlüsse des Unterhauses zu einem Rückschlag gemacht wird. In überalen Kreisen macht man sich hinsichtlich der Oberhausbürgte auf befüge Kämpfe gefaßt.

\* In London ist ein indischer Student, der dort aus Paris eintrat, bei seiner Ankunft unter der Anklage aufzuhörlicher Umrüste verhaftet worden. Er soll von Paris und London aus revolutionäre Schriften in Bengal vertrieben und in Verbindung mit andern Dynami eingeschmuggelt haben.

### Balkanstaaten.

\* Der Kommandant der englischen Mittelmeer-Flotte, die in Konstanti-

nopel eingetroffen ist, hat dem Sultan ein längeres handschriftliches Schreiben König Edwards überbracht.

### Australien.

\* Die Marokkaner scheinen sich in friedlichen Verhältnissen nicht wohl zu fühlen; denn städtische Quellen berichten, daß im Norden des Scheriftenreiches verschobene Stammeshäupter den heiligen Krieg predigen.

## Haus dem Reichstage.

### Deutschland.

Der Reichstag begann am Montag die zweite Sitzung des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes. Eine sozialdemokratische Resolution verlangt die Nominierung eines Bundesrates für Sachsen.

Weitere Resolutionen betrafen das Wahlgeheimnis, die Reichskanzlerverantwortlichkeit, die Reichstagsnachwahl und die Schiedsgerichtsbewegung. Außerdem mehrere reichsländische Abgeordnete, sowie die Abge. Raumann (soz. d. Ap.), und Hieber (nat. lib.), die Notwendigkeit betonten, dem Reichsdeputierten die Verfassung und damit die Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten zu geben, erklärte der Reichskanzler zu Wethmann-Hollweg, daß ein Gesetzentwurf, der sich mit der Fortbildung der elbisch-sachsenischen Verfassung beschäftigt, bereits fertiggestellt sei, über dessen Inhalt könne er aber erst Mitte August machen, wenn die verbündeten Regierungen ihm zugestimmt haben. Die Abg. Ricklin (soz. Zent.), Hößel (freikons.), Fechenbach (Zent.), Döbeln (soz. Pole) und andre begrüßten die Erklärung des Reichskanzlers. Damit schloß die Befreiung der elbisch-sachsenischen Frage. Das Haus ging zur allgemeinen Aussprache über die Politik des Kanzlers über; es wurde fast nur von der Behandlung der Dänen und Polen gerdet. Das Gehalt des Reichskanzlers wurde bestätigt. Die Abstimmung über die Resolutionen wurde abgezögert.

Am 15. d. wird zunächst die Abstimmung über die Öffnungsregelungen des Reichstags wiederholen. Bei der Aussöhnung am Freitag hatte sich Beleidigungsfähigkeit herausgestellt. Das Ergebnis der Abstimmung bleibt auch heute zweifelhaft, jedoch ebenfalls Aussichtshaltung (Vorabstimmung) aufzufinden. Der Titel wird mit 154 gegen 140 Stimmen angenommen.

Die Beratung des Staats des Reichskanzlers wird fortgezogen bei der Befreiung der nationalliberalen Resolution über die Unter- sättigung der

### interparlamentarischen Union.

Abg. Prinz Schönach-Carolath (nat. lib.): Die interparlamentarische Union zur Regelung Friedenserklärlicher Fragen will der Entwicklung der Völker die Stimme der Bevölkerung entgegenhalten; sie ist allerdings mit den Friedensgeschäften nicht zu verwechseln. Es erscheint angebracht, daß auch das Deutsche Reich einen Beitrag für die Centralstädte einnehme.

Abg. Eichhoff (soz. d. Ap.) unterstützt diese Bitte.

Staatssekretär Fr. v. Schön: Der Reichskanzler teilt die Sympathie für die Union. Er wird den Antrag auf eine Beihilfe mit gebührender Rücksicht abstimmen.

Ges. Legationsrat Kröner: Die Schiedsgerichtsinstanz im Handelsvertrag mit Österreich wird demnächst durch Ausführungsbestimmungen festgestellt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

### Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Die Resolution will die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnen und durch einen besonderten Staatsgerichtshof regeln. Will es der Reichstag, so muß der Reichskanzler entlassen werden. Dies haben wir durchaus auf die Rücksicht gesetzt.

Abg. Ledebour (soz.): Wir stimmen der Resolution zu. Als großes Interesse scheint die Regierung nicht zu haben. Auf 4000 oder 5000 M. kann es uns nicht ankommen. Nun zu unserer Resolution über die

</div